

FÜR EIN LIECHTENSTEINI- SCHES INSTITUT DER ALPINEN LANDSCHAFTS- UND UMWELT- FORSCHUNG

von Mario F. Broggi

AUSGANGSLAGE

QUELLEN

Bericht der Arbeitsgruppe für die Liechtenstein-Darstellung im Ausland: Möglichkeiten zur Verbesserung der Liechtenstein-Darstellung im Ausland, Vaduz, Oktober 1981.

Broggi, Mario F.: Landschaftswandel im Grünland des liechtensteinischen Rheintales. In: Raumordnung aktuell, Vierteljahresschrift für Raumplanung, Raumforschung und Umweltschutz des Landes Niederösterreich, 1983/84, Wien.

---: Die integrale Berggebietssanierung, dargestellt am Beispiel des Fürstentums Liechtenstein. In: Interprävent 1980, 4. Int. Symposium über Katastrophen-Vorbeugung durch verbesserte Naturraumanalyse. Bd. 3, S. 235-247, Linz, 1980.

Budgetvoranschlag 1984, Bundesministerium für Finanzen (Dr. Langer), mündliche Auskunft vom 2. 7. 1984, Wien.

Im Oktober 1981 hat eine von der Regierung bestellte Arbeitsgruppe einen Bericht über die «Möglichkeiten und Wege einer verbesserten Liechtenstein-Darstellung im Ausland» vorgelegt. Die Arbeitsgruppe kommt zum Schluss, dass das Image Liechtensteins im Ausland als «blass und wenig profiliert» gewertet werden muss. Sie schlägt deshalb in Varianten neue Schritte zur Verbesserung des Liechtenstein-Image vor, so etwa eine wesentliche Verstärkung des bestehenden Presse- und Informationsamtes oder die Schaffung einer neuen Institution mit der Aufgabe, die Liechtenstein-Darstellung im Ausland zu koordinieren. Die beiden Varianten würden einen Kostenaufwand von Fr. 500 000.-, bis zu einer Million (ohne Arbeitsplatzkosten) mit sich bringen.

Dieser Bericht wurde von der Regierung am 1. Dezember 1981 in eine breite Vernehmlassung gegeben. Unter anderen wurde auch die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) zur Stellungnahme eingeladen. Die LGU äusserte sich damals skeptisch über die Erfolgserwartungen eines «Image-Amtes», das u.a. Dementis zu verzerrten Liechtenstein-Darstellungen erstellen soll. Sie hat vielmehr vorgeschlagen, das bestehende Presse- und Informationsamt zu verstärken und im übrigen bestehende Institutionen zu unterstützen, die bereits positive Grundthemen behandeln. Die LGU stellte sich in ihrer Vernehmlassung auch aus staatspolitischer Sicht die Frage, was mit einem analogen Ausgabenposten allenfalls alternativ gestaltet werden könnte. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass Liechtenstein keine Ausgaben für die Landesverteidigung und für eigene universitäre Einrichtungen besitzt. Damit fallen Ausgaben in einem beachtlichen Ausmass weg, die sonst in souveränen Staaten bestehen.

Die Landesverteidigung belastete beispielsweise die schweizerische Staatsrechnung 1983 mit 4,313 Milliarden Franken oder 21,3 Prozent des Bundeshaushaltes, was pro Kopf der Schweizer Bevölkerung Fr. 628.50 entspricht. Der Wegfall allein dieser Militärausgaben würde nach schweizerischem Äquivalent für Liechtenstein jährlich rund 18 Mio. Franken betragen. Unter Berücksichtigung eines Kostenverteilers auf nur knapp 27 000 Einwohner wären demnach Richtwerte von 20-30 Mio. Franken für Verteidigungsaufgaben durchaus realistisch. Für Wissenschaft und Forschung betragen die Ausgaben im benachbarten Österreich, gemäss Budgetvoranschlag 1984, öS. 11 724 000 000.-, das sind 2,7 % der